

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.03.2023

Inhalt

EWN

1 Arbeitsplattform verstößt gegen Umweltauflagen <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 23.03.2023</i>	3
2 Gastanker nach Mukran? Vorschlag in Binz und Sassnitz abgelehnt <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 23.03.2023</i>	4
3 (K)eine Alternative <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.03.2023</i>	6
4 Tests für Atommüll-Endlager <i>Südkurier Pfullendorf Messkirch, 23.03.2023</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 23.03.2023 | S. 11

📄 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth

TERMINAL IN DER OSTSEE

Arbeitsplattform verstößt gegen Umweltauflagen

Die Beamten waren nach Mukran gerufen worden, weil beim Anlegen die Hafenanlage beschädigt wurde


Die Arbeitsplattform „JB119“, die für „Erkundungsarbeiten“ für das geplante LNG-Terminal vor der Bäderküste Rügens unterwegs war, und ein dazugehöriger Schlepper seien am Dienstag in Mukran kontrolliert worden, nachdem es beim Anlegen zu Schäden an der Hafenanlage gekommen sei. Die Halterung eines Fenders sei beschädigt worden. Entsprechende Ermittlungen bestätigte die Wasserschutzpolizei Sassnitz auf OZ-Anfrage.

Über die Schadenshöhe wurden keine Informationen veröffentlicht. Bei der daraufhin folgenden Kontrolle aller Fahrzeuge entdeckten die Beamten allerdings noch etwas anderes.

„Hierbei wurde festgestellt, dass ölhaltiges Bilgewasser an Deck in einem Container gelagert wurde, statt

wie vorgeschrieben, in den dafür an Bord vorgesehenen Tanks des Schiffes“, heißt es von der Wasserschutzpolizei. „Zudem fehlten mehrere Nachweise, den Umgang und der Behandlung von ölhaltigen Abfällen sowie den Schiffsmüll an Bord betreffend.“ Nach Sachvortrag bei der Staatsanwaltschaft Stralsund bezüglich des Umganges mit umweltgefährdenden Abfällen sowie Rücksprache mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Hamburg bezüglich des Umganges mit Schiffsmüll, wurden Sicherheitsleistungen von insgesamt 9527 Euro gegen den britischen Schiffsführer und den kroatischen Ingenieur festgelegt.

Das Schiff sei nach Angaben der Wasserschutzpolizei nicht festgesetzt worden, sondern könne die Arbeiten fortsetzen. Die Ermittlungen dauern an.

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 23.03.2023 | S. 11

 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

 Anne Ziebarth, Maik Trettin

FLÜSSIG-ERDGAS

Gastanker nach Mukran? Vorschlag in Binz und Sassnitz abgelehnt

Hafensprecher Felix Zimmermann: Bisher noch keine Anfragen / Thema könnte aber interessant sein

Ist Mukran der bessere Standort für ein LNG-Terminal? Der Wirtschaftsminister des Landes, Reinhard Meyer (SPD), sieht das offenbar so. Nach den Protesten gegen den Bau einer solchen Anlande-Station für Flüssiggas in der Ostsee vor Sellin sollen die Gastanker nach den Vorstellungen der Landesregierung nun den Mukraner Hafen ansteuern und dort entladen werden. Hier soll dann ein schwimmendes Terminal liegen, später ein stationäres an Land entstehen. Ähnliche Pläne für den Standort Rostock hat das Land offenbar verworfen.

Auf Rügen ist der Widerstand gegen ein Terminal vor oder auf der Insel weiter ungebrochen. „Unsere Ministerpräsidentin, Frau Schwesig, hat sich doch gerade erst gegen eine solche Anlage vor Rügens Küste positioniert. Warum sollte das nicht für unsere Küste in Mukran gelten?“, fragt Leon Kräusche. Er ist Bürgermeister der Stadt Sassnitz, zu der der Ortsteil Mukran gehört und die Hauptgesellschafter des Hafens in Mukran ist - gemeinsam mit dem Land. „Ein solches Terminal ist nicht unser Ansinnen“, fasste er auch die ablehnende Haltung vieler Sassnitzer zusammen. Aber der Bund höre scheinbar nicht auf die Belange der Region.

An der Petition der Inselbürgermeister gegen das geplante Terminal hatte sich Kräusche allerdings nicht beteiligt. Auf der vergangenen Sitzung des Wirtschaftsausschusses sagte er auch warum: „Mir war das zu spontan und zu pauschal. Es gab zu wenig Aufklärung“, so Kräusche. „Ich kann nicht der Maßgabe folgen, dass mehr Schiffsverkehr die Lebensqualität negativ beeinflusst.“

Prinzipiell sei aus seiner Sicht gegen einen LNG-Umschlag auch in Mukran nichts zu sagen - solange das Gas verflüssigt bleibe. „Dann ist es weitaus ungefährlicher.“ Wenn es hier allerdings vom flüssigen in den gasförmigen Zustand umgewandelt werde, „ist

das eine ganz andere Problematik“. Das könne neben zusätzlichen Gefahren auch mehr Schall und Emissionen bedeuten.

Davon geht auch Jürgen Zier aus. Er ist Einwohner von Mukran. „Wir befinden uns hier in der Gefahrenzone 1“, sagt er. Sein Haus ist keine 500 Meter vom Hafenbecken entfernt. Ein Gas-Terminal vor der Haustür ist für ihn ein Ding der Unmöglichkeit - nicht nur wegen der Lärm- und anderer Belästigungen. „Es gibt im Hafen keine eigene Feuerwehr, keinen eigenen Katastrophenschutz - was soll das werden?“ Unter den Beeinträchtigungen hätten nicht nur die Mukraner, sondern auch die benachbarten Sassnitzer und die Binzer zu leiden.

„Ob vor Sellin oder in Mukran - beide Standorte sind aus meiner Sicht eine Katastrophe für Rügen“, sagt Birte Löhr. Sie ist Direktorin der Hotelgruppe „Private Palace“, zu der in Binz die Häuser „Arkona“, „Rugard“ und „Grand Hotel“ gehören. „Ein solches Terminal vor Rügens Küste ist aus meiner Sicht völliger Schwachsinn! Ich begreife nicht, wie man solche Absichten ernsthaft verfolgen kann. Und wenn Rostock das haben möchte - bitte sehr!“

„Ein LNG-Terminal gehört überhaupt nicht nach Rügen, weder nach Sellin noch nach Mukran“, sagt auch der Binzer Bürgermeister Karsten Schneider. Die Auswirkungen des Standortes Mukran seien in jedem Fall schwerwiegend. „Bereits in den vergangenen Jahrzehnten haben wir eine Veränderung des Strandes von Prora in Richtung Mukran erkennen können. Das hat ohne Zweifel mit dem Bau des Fährhafens zu tun.“

Mehr Steine, weniger Strand - das hänge mit der Fahrrinne zusammen, die als „Sedimentfalle“ wirke. Das könnte sich durch eine weitere Ausbaggerung noch

verstärken, so Schneider. „Das ist zwar ein schleicher Prozess, aber dann hätten wir in 20 bis 30 Jahren nur noch Steinstrand in Binz.“

Ähnlich sieht es auch der Binzer Tourismusdirektor Kai Gardeja. „Rügen muss insgesamt runter von den LNG-Planungen der Bundesregierung“, sagt er. „Wir haben die Bundesregierung in den vergangenen Wochen mehrfach um ein Gespräch gebeten. Bis heute haben wir keine Antwort erhalten, man ignoriert uns. Berlin schafft nach wie vor Fakten an uns vorbei.“ Der Standort Mukran sei definitiv keine Alternative für ein LNG-Terminal, findet er. „Wenn Bundes- und Landesregierung meinen, Mukran sei eine Alternativstandort im Sinne von Natur und Menschen, ist das die reinste Augenwischerei.“

Ein weiteres Problem sei die Geräuschbelästigung durch die zahlreichen Tanker und das schwimmende Terminal an sich. Wenn es überhaupt notwendig sei, ein Terminal an Land zu errichten, dann seiner Ansicht nach doch eher in Rostock. „Das ist ein großer Industriehafen“, sagt der Bürgermeister. „Es macht einfach keinen Sinn, ein LNG-Terminal vor eine Urlaubsinsel mit wertvoller Natur zu setzen.“

Dass Mukran nun zum großen Drehkreuz für Flüssig-Erdgas werden soll, hat die Verantwortlichen im Hafen Mukran selbst etwas überrascht. „Es gab da im Vorfeld keine Anfragen und wir wissen momentan auch noch keine Details“, sagt der Unternehmens-Sprecher Felix Zimmermann. Gleichwohl könne das wirtschaftlich für den Hafen durchaus interessant sein.

„Bevor jetzt über mögliche Alternativstandorte gesprochen wird, möchten wir gerne den Bedarf für ein solches Terminal dargelegt bekommen“, sagt Heiko Miraß (SPD), Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg. Denn: „Überkapazitäten sind auch ein wirtschaftliches Risiko.“ Der mögliche Standort in Mukran ist nicht sein Favorit. „Das ist dort auch mit Beeinträchtigungen verbunden“, so Miraß. „Insbesondere wenn wir von etwaigen Vertiefungen und Bauarbeiten im Hafbereich sprechen.“

Der zweite Standort, der Rügen betrifft, am Rand der 12-Seemeilenzone vor Sassnitz, scheint Miraß eine nähere Betrachtung wert. Nach Informationen bei der IHK-Regionalkonferenz werde das militärische Übungsgebiet eher selten für Übungen genutzt.

Man werde den Standort vor Sellin nicht weiter verfolgen - das hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am gestrigen Mittwoch laut einer Nachrichtenagentur angekündigt. In Sektlaune ist man in dem Ostseebad deswegen noch lange nicht. „Das Genehmigungsverfahren läuft doch weiter“, macht Bürgermeister Reinhard Liedtke (parteilos) in diesem Zusammenhang deutlich. „Uns werden ständig so viele Geschichten erzählt. Ich glaube das erst, wenn es endgültig vom Tisch ist.“

Zitat-Text:

**„Ein LNG-Terminal gehört überhaupt nicht nach Rügen, weder nach Sellin noch nach Mukran.“
- Karsten Schneider, Binzer Bürgermeister**

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.03.2023 | S. 6

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Andreas Meyer

MÖGLICHE STANDORTE FÜR LNG-TERMINAL

(K)eine Alternative

Der Bund erhört die Proteste aus MV - und sucht Alternativen für das neue Riesen-LNG-Terminal von RWE. Das ist zunächst mal eine gute Nachricht. Aber können die Urlaubsorte an der Rügener Ostküste nun aufatmen? Nein, noch nicht. Denn jede der Alternativen bringt eine Reihe von Nachteilen mit sich. Rostock wäre eigentlich die „logische“ Alternative für das neue Terminal: Der Seehafen ist bereits das größte Industriegebiet des Landes. Lärm und Co. gehören hier zum Alltag. Für ein Terminal an Land fehlen ad hoc zwar die Flächen, aber hier würde es keine Anwohner stören. Und große Pötte sind die Rostocker gewohnt. Auch ein

Terminal auf See vor Warnemünde wäre wohl halb so problematisch wie vor Rügen: Gegen einen geplanten Offshore-Windpark gab es in der Hansestadt zuletzt kaum wahrnehmbaren Protest. Mukran wäre wohl die teuerste Variante, soll aber von Land und Bund präferiert werden. Das ließe sich auch damit begründen, dem strukturschwachen Ostteil des Landes etwas Gutes tun zu wollen. Aber: Keine der Alternativen ist wirklich gut. Eine Kröte jedoch wird MV schlucken müssen, damit Deutschland auch gut und warm über die kommenden Winter kommt.

Tests für Atommüll-Endlager

BGE und Universität Freiberg forschen im Kreis Geophysikalische Messungen im Boden erfolgen Region nicht für ein Atom-Endlager geeignet

Landkreis Sigmaringen – Mit einem Kleintransporter waren vergangene Woche Mitarbeiterinnen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Landkreis Sigmaringen unterwegs. In den Wäldern von Pfullendorf, Meßkirch, Krauchenwies, Mengen, Bingen, Hohentengen und Sauldorf fanden Messungen statt, die den richtigen Standort für Forschungsarbeiten für das Projekt „GeoMetEr“ finden sollen. Das Projekt von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) soll ermitteln, welche Erkundungsmethoden bei der Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle verlässliche Angaben liefern können.

Für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle gibt es in Deutschland bereits ein genehmigtes Endlager: das Endlager Konrad in Salzgitter soll 2027 in Betrieb gehen. Für den hochradioaktiven Atommüll aber wird noch ein Endlager-Standort gesucht. Im Herbst 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den ersten Arbeitsstand vorgelegt, den Zwischenbericht Teilgebiete. Er weist 90 Gebiete in Deutschland aus, die günstige geologische Bedingungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen.

Kein Endlager im Landkreis

Der Landkreis Sigmaringen gehört nicht dazu. Der Kreis kommt aus Sicht der BGE aufgrund der Ausschlusskriterien, die im Standortauswahlgesetz vorgegeben sind, nicht infrage und wird deswegen nicht weiter berücksichtigt. Grund dafür ist die Erdbebengefahr in der Region, die neben dem Kreis Sigmaringen auch die Landkreise Reutlingen und Zollernalbkreis erfasst. Vor allem im benachbarten Zollernalbkreis wackelt die Erde häufiger, zuletzt Anfang März in Jungingen und Albstadt. Die Bodenseeregion mit dem Bodenseekreis und dem Landkreis Ravensburg ist den Amtsgelogen vom BGE zu dicht an den Alpen, um Sicherheit für strahlende Castoren zu garantieren. Damit fällt diese gesamte Region für ein Endlager aus. Nichtsdestotrotz ist der Landkreis Sigmaringen trotzdem ins Visier von Geologen geraten, und zwar als Forschungsprojekt. Im Kreis Sigmaringen könne man die Schutz-

wirkung spezieller Bodenschichten erforschen, erklärte die Bundesgesellschaft für Endlagerung.

Genauer gesagt im Opalinuston, einer Sedimentschicht in etwa 600 Meter Tiefe. Damit ist sie weit von wasserführenden Schichten und von Erosionsprozessen an der Erdoberfläche entfernt. Die Sedimentschicht entstand vor 175 Millionen Jahren. Am Meeresgrund lagerte sich feiner Tonschlamm ab, der dann mit der Zeit von anderen Gesteinsschichten überlagert und verdichtet wurde. 2011 veröffentlichten Mainzer Wissenschaftler Erkenntnisse über Opalinuston, den sie mehr als vier Jahre lang im Labor untersucht hatten, um festzustellen, wie sich die radioaktiven Elemente Plutonium und Neptunium in diesem Gestein verhalten. Das Ergebnis ist, dass Opalinuston als Endlager für Atommüll in Frage kommt. Die Untersuchungen erfolgten im Rahmen eines vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) geförderten, bundesweiten Projekts zur Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Insgesamt geht es um drei Methoden, die getestet werden sollen, um geeignete Atommüll-Endlager zu finden: Dabei handelt es sich um dreidimensionale seismische Messungen, elektromagnetische Messungen aus der Luft mit Hubschraubern und Drohnen sowie einer bis zu 600 Meter tiefen Bohrung. Die Bohrungen dienen zum einen der Absicherung der oberflächennahen Messergebnisse, ermöglichen aber auch die Erkundung tieferer geologischer Schichten. Weiterhin werden diese Gesteinsproben aus der Bohrung dann im Labor untersucht. Bevor die Untersuchungen beginnen, überprüfen die Forschenden die Standorte von Mobilfunk- und Strommasten und inwieweit diese die Messungen stören. Die Forscher wollen zusätzlich prüfen, wie mithilfe von Vibrationen und elektromagnetischen Wellen Aufschlüsse über die Gesteinsschichten unter der Erde getroffen werden können. Die erzeugten Schwingungen bewegen sich wie Schallwellen durch die Erde und werden von unterschiedlichen Gesteinen und Materialien reflektiert. Dadurch können die Forscher herausfinden, wie die

Schichten unter der Erde aufgebaut sind. Die Messwerte werden ausgewertet. Danach wird die Forschungsregion im Landkreis Sigmaringen, die 100 bis 150 Quadratkilometer groß sein soll, bestimmt. In der zweiten Jahreshälfte 2023 sollen dann die Testmethoden durchgeführt werden.

Neben dem Landkreis Sigmaringen gibt es eine weitere Forschungsregion. Diese liegt in der Nähe der Gemeinde Langenweißbach im Erzgebirge. Die dort geplanten Messungen dienen der Untersuchung des kristallinen Wirtsgesteins. Mithilfe der Forschungen soll später die große Fläche aller Teilgebiete verkleinert werden, die derzeit noch im Rennen sind. Dazu gehört unsere Region allerdings nicht.

Endlagersuche

Die Suche nach dem geeigneten Wirtsgestein ist eine wichtige Grundlage für ein atomares Endlager, in dem hochradioaktiver Abfall für mehr als eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden soll. Neben kristallinem Gestein wie Granit oder Steinsalz gehört auch Tonstein zu den möglichen Formationen. Opalinuston, wie er in der Schweiz und in Deutschland vorkommt, besitzt ein sehr gutes Rückhaltevermögen für Radionuklide, also radioaktive Substanzen wie Uran, die beispielsweise in hohem Maß in abgebrannten Brennstäben von Kernkraftwerken enthalten sind. Darüber hinaus sind Tonsteine kaum durchlässig und erlauben nur einen diffusen, also sehr langsamen Transport durch den vorhandenen Porenraum. Das wurde in vielen Laboratorien sowie in Vor-Ort-Experimenten nachgewiesen.